

menbruchs der Sowjetunion und ihres Imperiums, also einer revolutionären Umwälzung der internationalen Rahmenbedingungen, und nicht, wie es der Mythos sagt, in erster Linie das Ergebnis deutschen Wollens: So wichtig die „friedliche Revolution“ in der DDR als Signal für die Weltöffentlichkeit gewesen ist, so wenig hätten die Montagsdemonstrationen gegen die Armeen einer intakten Sowjetunion ausrichten können.

Zweitens: Im richtigen Augenblick erkannt zu haben, daß sich die Rahmenbedingungen der deutschen Einheit änderten, daß es deshalb, erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges, so etwas wie einen deutschen Handlungsspielraum gab und daß dieser ebenso zügig wie umsichtig genutzt werden mußte, war die herausragende Leistung der deutschen Politik zwischen dem 9. November 1989 und dem 15. März 1991, dem Tag des Inkrafttretens des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages.

Drittens und letztens: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in die westlichen Gemeinschaften, an deren Notwendigkeit es seit den Tagen Konrad Adenauers keinen Zweifel gab, und ohne die Bereitschaft, den Status quo im geteilten Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges förmlich anzuerkennen, die mit dem Namen Willy Brandts verbunden bleibt, hätte sich wohl auch während des Zusammenbruchs der alten Weltordnung kaum ein Handlungsspielraum für die deutsche Politik eröffnet. So gesehen hatte die deutsche Außenpolitik der Jahre 1949 bis 1989 die Voraussetzung geschaffen, das Provisorium des Kalten Krieges in einen Akteur der neuen Weltordnung zu überführen. Ob die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bereit sind, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen, wird sich zeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Schöllgen, seien Sie auch von mir herzlich bedankt dafür, daß Sie angesichts unseres gedrängten Programms exakt in den Ihnen zugebilligten 30 Minuten geblieben sind. Ich werde jetzt eine erste Rederunde zulassen und Ihnen dann auch die Möglichkeit geben, auf die Fragen zu antworten, und dann werden die 45 Minuten auch vorbei sein, die wir zur Diskussion haben. Ich möchte in der Reihenfolge zunächst aufrufen Herrn Jacobsen, Herrn Hiller und Herrn Poppe, danach Herrn Hilsberg und Herrn Gutzeit sowie Bernd Faulenbach und Herrn Maser. Ich bitte, wegen der Zeit sich zu beschränken auf ein bis maximal zwei Fragen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Schöllgen, zunächst herzlichen Dank für Ihren vorzüglichen Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen seit 1949. Wie von dem Herrn Vorsitzenden schon angedeutet, können wir darüber im einzelnen nicht diskutieren. Ich habe eigentlich nur zwei Punkte, wobei der erste wahrscheinlich unstrittig ist. Ich glaube, daß man bei den internationalen Rahmenbedingungen ohne den Aspekt „Wettkampf der Systeme“ manches nicht versteht. Aber „Wettkampf der Systeme“ im Schatten der Atomwaffen, hier also die große internationale Rivalität um

die Gestaltung einer besseren Ordnung. Das wäre vielleicht hinzuzufügen, und ich wäre dankbar, wenn Sie sich dazu noch kurz äußern würden. Differenzierter sehe ich ein anderes Problem, darüber sollte man, wenn möglich, noch kurz diskutieren, das heißt ich hätte gerne Ihre Antwort.

So sehr man auch zunächst dazu neigen mag, zuzugestehen, daß der eigentliche Handlungsspielraum für die deutsch-deutschen Staaten 1989 möglich wurde vor der Konstellation, die Sie geschildert haben, sehe ich es insofern differenzierter, als de facto seit 1969/70-1975, Stichwort „Entspannungspolitik“, gerade die Bundesrepublik Deutschland in diesem Verfahren einer indirekten Auseinandersetzung (Stichwort „Korb drei von Helsinki“) ein vorzügliches Instrument sah, zu einem evolutionären Prozeß in Osteuropa beizutragen, das heißt, im Rahmen des Status quo evolutionäre Veränderungen über die Entspannungspolitik zu realisieren. Würden Sie dem zustimmen? Von daher gesehen ist natürlich doch schon ein gewisser Ansatz eines ausgeweiteten deutschen Handlungsspielraums erkennbar. Die letzte Bemerkung, Sie werden verstehen, wenn ich sage, das ist die großartige Leistung von Willy Brandt, aber ich möchte meinen, auch von Walter Scheel. Danke.

(Lachen)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich denke mir, dieses Lachen hat den Kommentar ersetzt. Herr Hiller, Sie haben das Wort.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich möchte da anschließen. Sie haben gesagt, ein Handlungsspielraum tat sich nicht auf. Was die Frage der Einheit anbetrifft, kann ich dem zustimmen. Allerdings war es aus meiner Sicht so, und ich war ja im innerdeutschen Ausschuß und erinnere mich lebhaft vieler Debatten zum 17. Juni, daß, wenn auch Handlungsspielraum offensichtlich nicht vorhanden war, es doch darum ging, zu bestimmten historischen Situationen Handlungsspielraum auch nicht zu zerstören, einen Handlungsspielraum, der in der Zukunft vielleicht entstehen könnte. Und da schließe ich an das an, was Professor Jacobsen gesagt hat: Die Entspannungspolitik, der KSZE-Prozeß und viele kleine Maßnahmen, die damit verbunden waren, haben letztlich dazu geführt, daß der Wunsch nach Einheit in Westdeutschland, aber auch in der DDR auch in den Zeiten erhalten blieb, als offensichtlich kein Handlungsspielraum vorhanden war. Ich erinnere nur an die Äußerung von Andreotti, und man kann eine weitere Liste machen. Das hat nicht dazu geführt, daß das Ziel der deutschen Einheit, obwohl man damals nicht wußte, wie es verwirklicht werden könnte, aufgeben wurde. Ich glaube, daß Sie zu diesem Aspekt noch etwa sagen sollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke, Herr Hiller, ich möchte jetzt die nächsten drei in der ersten Runde noch einmal kurz ansagen. Das sind Herr Poppe, Herr Maser und Herr Elm. Herr Poppe!

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Schöllgen, ich gebe Ihnen ja recht, wenn Sie sagen, der Schlüssel zu dem erweiterten Handlungsspielraum für die deutsche Politik ist der Zusammenbruch des sowjetischen Imperi-

ums. Nun ist da zum Teil ja auch ein bißchen nachgeholfen worden. Und deshalb sind es nicht alleine die Demonstranten von Leipzig, sondern in ganz entscheidendem Ausmaß die Ereignisse in Polen, später Ungarn, der Tschechoslowakei, die dieses Imperium über die desolatte wirtschaftliche Lage hinaus mit zum Einsturz brachten. Insofern würde ich nicht allein den Demonstranten von Leipzig den entscheidenden Anstoß zuschreiben, denn im gesamten Ostblock war es der nicht mehr aufzuhaltende Wunsch nach einer demokratischen Entwicklung, der in erheblichem Maße die Entwicklung in der Sowjetunion beeinflußt hat. Polen war faktisch kein zuverlässiger Partner des Warschauer Paktes mehr. Mit der Stabilisierung der Solidarność über das Kriegsrecht hinweg bis in die späten 80er Jahre hatte sich dort eine grundsätzlich neue Lage ergeben, und ich denke, daß man das mit berücksichtigen muß. Dann waren es natürlich auch nicht die Montagsdemonstrationen von Leipzig, aus denen sich der neue Handlungsspielraum ergab, sondern das war ganz einfach der Fall der Mauer. Die Forderungen davor bezogen sich nicht auf die deutsche Einheit, sondern auf Demokratie und Menschenrechte. Erst mit dem Fall der Mauer ergaben sich in ganz entscheidendem Maße eine neue Konstellation und damit auch neue Möglichkeiten für die deutschen Akteure. Ich will nicht bloß immer die Liste Adenauer-Kohl-Brandt-Scheel hören, wir können sie noch erweitern, und von der anderen Seite wenig bis nichts. Was ich nicht erkennen kann, ist die besondere Bedeutung des Wahlergebnisses vom März 1990 für die Einheit. Sicherlich war es für die Fortsetzung der Politik Kohls wichtig, aber nicht für den zu diesem Zeitpunkt bereits bei allen demokratischen Parteien vorhandenen Wunsch nach Einheit. Der war in sämtlichen Wahlprogrammen zur Volkskammerwahl enthalten, wenn auch jeweils unterschiedlich relativiert, z. B. in Bezug auf die europäische Einigung, eine gesamteuropäische Friedensordnung usw. Diese Ziele sind ebenso auch von den Regierungen auf beiden Seiten immer wieder in den Vordergrund gestellt worden, das heißt, die deutsche Einheit sollte ja nicht Selbstzweck sein, sondern sie sollte einen ersten Schritt darstellen zu einer gesamteuropäischen Einheit und auch Impulsgeber für diese sein. Hier sehe ich zu diesem Zeitpunkt – März 1990 – nicht mehr den entscheidenden Unterschied zwischen den verschiedenen Demokraten. Letzter Punkt: die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Hier haben Sie gesagt, die deutsche Politik machte sich nach anfänglichem Zögern die amerikanische Position zu eigen. Das ist ganz sicherlich richtig für die bundesdeutsche Politik. Wenn ich aber mal die Äußerungen von de Maizière oder auch die von den verschiedenen Volkskammerfraktionen dazu nehme, so gibt es fast bis zum Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen doch immer eine Favorisierung des KSZE-Prozesses und die Forderung nach Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt, also eine große Skepsis zum damaligen Zeitpunkt gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands. Beziehungsweise es wurden für die NATO-Mitgliedschaft ganz bestimmte Rahmenbedingungen gefordert, wobei immer die NATO-Doktrin genannt wurde. Ich würde das ein bißchen relativieren wollen, was Sie deutsche Politik nennen. Es hat deutliche Unterschiede gegeben zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Po-

sitionen. Aber wir werden heute nachmittag sicherlich darüber noch ausführlich reden können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Gerd Poppe. Peter Maser!

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich kann eigentlich nur einen Aspekt noch unterstreichen. Den hat Kollege Poppe bereits angesprochen. Das ist das Problem, das in dem gesamten Programm der Anhörung ja eigentlich zu wenig benannt wird, nämlich die Frage nach Opposition und Widerstand auch als internationaler Rahmenbedingung. Hier noch einmal die Rückfrage nach dem Gesamtbild. Muß man da nicht über das Wechselspiel sprechen, das sich ergibt aus der Entspannungspolitik und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten in den osteuropäischen Ländern, unterschiedlichste Formen von Opposition und Widerstand zu organisieren? Hineinkommen müßte dann natürlich die wirtschaftliche Misere, aber dann kommt ja eine andere Reihenfolge zustande. Dann würde man zunächst mal sagen müssen: wirtschaftliche Misere und Vernetzung dann auch des osteuropäischen Widerstandes in seinen unterschiedlichsten Formen. Die Entspannungspolitik ist dazu immer noch präsent. Dann der Versuch Gorbatschows, den Sie ja hier eindrücklich geschildert haben, auf diese Situation zu reagieren mit der Politik von Perestrojka und Glasnost. Aber, wie Sie hier so schön formuliert haben: Die Reise von Gorbatschow endete zumindest im Sinne der kommunistischen Machthaber am falschen Ziel! Bei einer solchen Betrachtungsweise wären Opposition und Widerstand ganz gleich in welchem Lande des Ostblocks eben keine Randerscheinungen, die sich gleichsam auf den fahrenden Zug mit drauf geschwungen hätten, sondern sie wären zumindest eine der ganz wesentlichen internationalen Rahmenbedingungen, die entscheidend dazu beigetragen haben, daß es zum Sturz der Systeme kam. Und zweitens: Daß dieser Sturz der Systeme alles in allem friedlich abgelaufen ist, er nicht zur großen Katastrophe, zu Bürgerkrieg und ähnlichem geführt hat, das hängt doch wohl damit zusammen, daß in den unterschiedlichsten Kreisen und Gruppierungen von Opposition und Widerstand Strategien überlegt und zum Teil sogar auch schon ausprobiert worden waren, wie man mit den Mächtigen umgehen muß, ohne den ganz großen Knall zu provozieren, den ja keiner angesichts der internationalen Gesamtsituation haben wollte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Als letzter in dieser ersten Runde Herr Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich möchte an die kursorischen Bemerkungen zum außenpolitischen Handlungsspielraum der beiden deutschen Staaten, speziell der Bundesrepublik seit den 50er Jahren anknüpfen. Ich möchte es auch inhaltlich über den Bezug zur deutschen Frage ausweiten. Den Bezug zu unserem Anliegen, zum speziellen Thema, sehe ich darin, daß die Konfrontation beider deutschen Staaten sich auch auf Europa und das weltpolitische Gebiet bezog, daß es um die Frage geht, welche außenpolitischen Traditionen die Bundesrepublik in die Einigung einbrachte, wie diese Traditionen heute bewertet werden und wie und welche dieser Traditionen in der heutigen und ab-

sehbarer Außenpolitik fortwirken. Ich setze also die Beschränktheit der DDR in ihren Handlungsspielräumen mit den Traditionen der kommunistischen Weltbewegung, den realen Kräfteverhältnissen, den objektiven und subjektiven Gegebenheiten voraus und erwähne sie nur noch einmal als Kontrast zur Situation der Bundesrepublik. Hatte nicht die Bundesrepublik, vor allem fortschreitend im Laufe der Jahre, ein absolut und relativ größeres Eigengewicht innerhalb der westlichen Bündnisse? Wie, Herr Professor Schöllgen, bewerten Sie die Ausschöpfung des Eigengewichtes, dieses Spielraumes, durch die Bundesrepublik? War das tatsächlich nur die Beschränkung, die bei der deutschen Frage recht eindeutig ist? Aber gibt es nicht auf anderen außenpolitischen Politikfeldern Hinweise darauf, daß die Bundesrepublik diese Spielräume, gemessen an ihrem menschenrechtlichen Anspruch, ausgeschöpft hat, oder vielleicht manchmal die Bündnistreue über andere Wertauffassungen, Leitbilder gesetzt hat? Ich erinnere an das Verhältnis zu den Kolonialkriegen der westlichen Verbündeten in der Nachkriegsperiode, an den Vietnamkrieg. Ich erinnere an die Politik gegenüber den Staaten und dem Konflikt im südlichen Afrika, aber auch an das Verhältnis zu lateinamerikanischen Diktaturen, zu Chile und anderen, die man da nennen könnte. Also kurz und gut, die Bewertung im Kontext dann aber wiederum der deutschen Auseinandersetzung vor dem Hintergrund der internationalen Politik. Ist es zutreffend, würden Sie bestätigen, daß da Spielräume nicht ausgeschöpft wurden oder daß man subjektiv sich im Einklang mit anderen Kräften, den USA vor allem, befand? Ja, ist das eine in den 90er Jahren nicht auch relevante Frage nach der heutigen Bewertung mancher Tradition?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Herr Elm. Zu einer ersten Antwort Herr Schöllgen?

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Ich danke für das Zutrauen oder daß Sie es für möglich halten, daß ich Ihnen ein halbes Jahrhundert höchst komplizierter Weltpolitik jetzt noch einmal zugespitzt erkläre. Ich will mein Bestes tun. Erstens, Herr Jacobsen, Wettkampf der Systeme. Hat das eine Rolle gespielt? Ja, das hat eine Rolle gespielt, aber nur für ein System, nämlich für das sowjetische. Das amerikanische brauchte sich nicht zu behaupten. Es hatte sich rasch herausgestellt, daß auf dem entscheidenden Gebiet, nämlich dem nuklearen, der Vorsprung gesichert war. Die Sowjetunion hingegen hatte aufgrund ihres eigenen Anspruchs, der übrigens durch die USA 1972 schriftlich garantiert worden ist, immer den Impetus, als gleichrangige Weltmacht auftreten zu müssen. Es ist also kein Zufall gewesen, daß am Rande von SALT I die Amerikaner im Grunde auf dem Papier der Sowjetunion genau die Gleichrangigkeit bestätigt haben. Das gilt auch noch für Gorbatschow. Was der nämlich wollte, war die Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen. Insoweit hat also der Wettkampf der Systeme für die sowjetische Politik aus dem Gefühl der Unterlegenheit heraus eine enorme Rolle gespielt; für die westliche Seite hingegen nicht.

Zweitens, das evolutionäre Element der KSZE. Was die Menschenrechte, die Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und den Staaten in Ost- und Ostmittel-

europas angeht, tendiert man dazu, diese ex post überzubewerten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat das für die internationale Politik nach meiner Einschätzung allenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt. Für die Völker, über die wir jetzt sprechen, allerdings eine herausragende, übrigens auch was die Identitätsstiftung angeht, die heute wichtig ist. Wenn man sich heute in diesen Staaten fragt, woher kommen wir, dann kann man immer sagen, ja, wir haben immerhin, die Möglichkeiten der KSZE beispielsweise nutzend, einen eigenen Willen dokumentiert, auch wenn es zunächst der Wille von Minderheiten gewesen ist. Für die internationale Politik ausschlaggebend ist das erst im Sommer 1987 geworden. Herr Poppe, Sie haben beispielsweise Polen genannt; zu erwähnen wären auch die baltischen Staaten, wo im Sommer 1987 im Vorfeld des unrühmlichen Jubiläums der Unterzeichnung des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes die Menschen auf die Straße gegangen sind und Moskau aufgefordert haben, endlich den geheimen Zusatz zu diesem Pakt anzuerkennen. Das war die Revolution. Polen hat eine eigene Geschichte, wir werden ja heute dazu etwas hören. Bitte erwarten Sie nicht von mir – ich würde es gerne tun, aber die Zeit läßt es nicht zu –, die polnische Entwicklung seit 1981, man könnte auch sagen: seit 1956, zu kommentieren.

Handlungsspielräume in der Zukunft? Hat man sich die Handlungsspielräume in der Zukunft offen halten wollen – Herr Hiller, ich glaube, Sie haben die Frage gestellt –, auch wenn man den Status quo als solchen anerkannt hatte? Was die politischen Akteure angeht, ganz gewiß ja; sie waren davon überzeugt, daß durch die Festschreibung des Status quo ein Minimum an Handlungsspielraum in der deutschen Frage für die Zukunft gesichert werden könne. Allerdings sind es genau diese Akteure gewesen, und ich erwähne mit Bedacht noch einmal Willy Brandt, die dann nicht zufällig Mitte der 80er Jahre von der „Lebenslüge“ gesprochen haben, weil sie erkennen mußten, daß sich die internationalen Rahmenbedingungen so verfestigt hatten, daß es eben keinen Handlungsspielraum mehr gab. Die berühmte Formulierung Willy Brandts, die nicht von ihm stammt, sondern von Egon Bahr, der sie Brandt ins Redemanuskript geschrieben hat, ist uns allen in Erinnerung. Man kann das hier noch einmal erwähnen, weil bekanntermaßen Willy Brandt auch derjenige gewesen ist, der im November 1989 sofort erkannt hat, was das bedeutet, und es öffentlich ausgesprochen hat.

Im Grunde haben Sie, Herr Poppe, noch einmal die Frage nach den Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion gestellt, als Sie auf andere Faktoren wie beispielsweise die Entwicklung in Polen hingewiesen haben. Allein diese Frage ausreichend zu beantworten, läßt die Zeit nicht zu. Ich möchte aber doch auf zwei Aspekte hinweisen, abgesehen von den schon genannten. Es ist bekannt, daß man auf Dauer Völker nicht mit Zwang unterdrücken kann. Das ist eine Erfahrung, die bis auf China heute alle Kolonialreiche der Erde gemacht haben. Ob China das durchhält, wissen wir nicht. Allerdings ist die chinesische Kolonisierungspolitik seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eben andere Wege gegangen als alle anderen Kolonialreiche. Das Ergebnis in der Sowjetunion kennen wir. Aber damit allein erklärt sich das nicht. Es kommen andere

Dinge hinzu, wie beispielsweise, was keine russische Regierung seit dem 19. Jahrhundert gemacht hat, der Gang nach Afrika, die Überdehnung der Kräfte: Äthiopien und Angola. Es kommt hinzu Afghanistan, es kommt hinzu die SS-20-Rüstung und ein ganz wichtiges, vielleicht das wichtigste Moment überhaupt – nämlich Tschernobyl –, wobei nicht die Explosion entscheidend gewesen ist, sondern die Erkenntnis der sowjetischen Führung, daß man offenbar nicht, wie man bislang geglaubt hatte, Dinge von solchem Ausmaß geheimhalten könne. Die Erkenntnis, daß nicht mehr grundsätzlich alles unter dem Deckel zu halten war, ist wohl für die weitere Entwicklung in der Sowjetunion von herausragender Bedeutung gewesen.

Pershing, Lance, NATO-Mitgliedschaft. Da muß man zwei Dinge unterscheiden. Zum einen die Diskussion hier in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen mit den USA um Pershing 1 A und Lance waren ausschließlich bundesrepublikanische Angelegenheiten, damit hatte die Führung der DDR unter den damaligen Bedingungen natürlich nichts zu tun. Das war eine NATO-Frage. Die Frage hingegen, ob es nach dem Fall der Mauer, nach dem November 1989 in den Verhandlungen der Bundesregierung mit den vier alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges eine Alternative gegeben hat zur NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland, die Frage ist eindeutig mit nein zu beantworten. Es gab keine Alternative, und zwar deswegen nicht, weil die amerikanische Regierung bedingungslos darauf bestanden hat. Es ist ja bekannt, daß zunächst auch der Bundeskanzler eine andere Alternative favorisiert, sich aber sehr schnell von Bush hat überzeugen lassen; und es ist auch bekannt, daß der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher wesentlich länger als Bundeskanzler Kohl noch versucht hat, eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland zu verhindern, weil er glaubte, daß die Sowjetunion dies nicht akzeptieren werde. Vielleicht kennt Herr Oldenburg die Auffassung der sowjetischen Politik in den 50er und 60er Jahren, das Schlimmste, was man sich vorstellen könne, sei ein bündnislos durch die Weltpolitik irrendes vereinigtes Deutschland. Insoweit ist also nicht auszuschließen, daß die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland der sowjetischen Führung auch unter Gorbatschow immer noch lieber war als ein bindungsloses Deutschland.

Die letzte Frage: Hätte die Bundesrepublik ihr Eigengewicht stärker einbringen können? Das ist ein Thema für eine längere Ausführung, also hier nur ganz beschränkt und natürlich mit Vorbehalt zu beantworten. Ich würde sagen nein. Nehmen Sie beispielsweise das Gebiet der Weltwirtschaft. Ich darf an das berühmte sogenannte Wintertheater von 1973/74 im amerikanisch-europäischen Dialog erinnern. Wenn die Europäer, maßgeblich initiiert von der deutschen Politik, in der Weltwirtschaft aktiv geworden sind, dann hat das nur funktioniert, wenn dies nicht auf Kosten erkennbar amerikanischer Interessen ging. Wie man sich das vorzustellen hat, sieht man in diesen Tagen. Und das muß man ganz entschieden vor allem für den Bereich betonen, der sich auf die Sicherheit bezog. Ein Beispiel, weil Sie es erwähnt haben: Hätte die Bundesrepublik gegenüber der amerikanischen Vietnamstrategie eine andere Haltung

einnehmen können? Die Antwort ist eindeutig nein. Man muß sich vorstellen, daß ja, in der Regel ohne Konsultationen der Bundesrepublik, auch die amerikanischen Basen in Deutschland genutzt worden sind, um etwa den Vietnamnachschub zu sichern, und als dann Bundeskanzler Brandt vorsichtig darauf hingewiesen hat, daß das vielleicht ein Problem sei, was die öffentliche Meinung in Deutschland angehe, war die Reaktion, daß beispielsweise im amerikanischen Senat öffentlich diskutiert worden ist, ob man nicht 20.000 Soldaten aus der Bundesrepublik abziehen könne oder abziehen müsse. Und dieses Argument, daß amerikanische Soldaten in einem beträchtlichen oder nicht beträchtlichen Umfang aus der Bundesrepublik abgezogen werden könnten, ist für jede Bundesregierung von Adenauer bis Kohl das Alarmzeichen schlechthin gewesen, weil eben die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa die Garantie dafür gewesen ist, daß die Amerikaner ihren Nuklearschirm auch auf Europa ausgedehnt hielten und sich nicht auf den amerikanischen Kontinent zurückzogen. Und unter dieser Perspektive hatte keine Bundesregierung bis 1989 einen nennenswerten Handlungsspielraum.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Ich rufe unsere letzte Runde auf mit Herrn Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Eine Anmerkung und zwei Fragen. Die Anmerkung bezieht sich auf Ihre erste These. Sie sagen ja im ersten Satz, bis 1989 gab es für die beiden deutschen Staaten in Sachen Einheit keinen Handlungsspielraum, weil es für die Einheit keine internationalen Rahmenbedingungen gab. Ich störe mich daran insofern, als mein Eindruck von der SED nicht der war, daß sie jemals versucht hätte, einen Spielraum, den sie nicht hatte, in Richtung Einheit durchzusetzen, vielmehr hat sie die Teilung ideologisch begründet. Für sie rangierte sozusagen das gesellschaftliche System vor jeder Form von Einheit. Das ist gerade 1989 von Honecker noch einmal sehr deutlich gemacht worden, und für meine Begriffe war das auch einer der Gründe dafür, daß die SED mögliche Veränderungen im europäischen Kontext letztlich überhaupt nicht wahrgenommen hat. Jetzt meine beiden Fragen, Sie sind darauf ein Stück schon eingegangen, ich will es noch mal vertiefen. Haben Sie den Eindruck, daß der demokratische und friedliche Charakter des Volksaufstandes in der DDR in irgendeiner Weise Einfluß gehabt hat auf das Verhältnis der westeuropäischen Staaten, also insbesondere Frankreichs und Englands, zu dem Deutschland, das sich da vereinigen würde? Hat es etwas befördert? Einfach nur mal diese Frage. Und die andere Frage: Ab wann war denn das Dilemma, in dem sich die sowjetische Politik befunden hat Mitte der 80er Jahre, eigentlich schon vorher erkennbar, oder ab wann hätte dieses Dilemma von den Westeuropäern, auch von Deutschland, erkannt werden können? Sie sagen ja sehr richtig, Gorbatschow wollte die Konkurrenzfähigkeit des sowjetischen Systems wiederherstellen, das sich in einer tiefen Krise befand, und für meine Begriffe war das Dilemma gar nicht lösbar. Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, daß Professor Daschitschew, einer der außenpolitischen Berater Gorbatschows, hier vor der Kommission erläutert hat, seine Erkenntnis sei gewesen, daß der Weg für die Sowjetunion, aus der Isolierung

herauszukommen, wieder die Konkurrenzfähigkeit herzustellen, über Deutschland zu gehen habe. Und daß das ein Konzept war, das er seines Erachtens 86/87 versucht hat, in die sowjetische Außenpolitik mit einzuführen. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, daß erst 1989 die Signale deutlich gewesen sind, daß es hier einen Spielraum gibt, daß sich also im Status quo in Europa etwas ändern würde. In dem Zusammenhang steht ja auch die Tatsache, daß in Polen die Kommunisten Anfang des Jahres 1989 bereits entmachtet waren, ohne daß die Sowjetunion eingegriffen hätte, und daß ja auch die Öffnungspolitik Ungarns bereits im Sommer ganz wichtige, nicht wieder rückholbare Öffnungscharakteristika aufwies.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte mit der Formulierung des Themas „Handlungsspielräume der beiden deutschen Staaten“ beginnen. Muß man nicht in Bezug auf die DDR davon reden, daß dieser Staat etwas war, das von der SED quasi besetzt war? Muß man nicht davon reden, daß im Prinzip das Volk als Souverän erstmal sozusagen den Staat wieder in Besitz nehmen mußte? Und von daher stellt sich die Frage von Handlungsspielräumen nämlich ganz anders. Es ist ja dann die Frage: wann waren Handlungsspielräume des Volkes gegeben? Und inwiefern hat westliche Politik solche Handlungsspielräume überhaupt in den Blick genommen? Und da muß ich sagen, das Erschrecken des Westens im Herbst 89 zeigte es, daß die tatsächlichen Handlungsspielräume, die vorhanden waren, von westlicher Politik überhaupt nicht gesehen wurden. Es ist jetzt darüber zu reden, daß die Opposition der DDR und diese Handlungsspielräume nicht von selbst gekommen sind. Es war auch nicht nur so, daß das Volk plötzlich sagte, wir wollen, sondern es hat sich natürlich etwas entwickelt. Ich denke, die Opposition in der DDR hat ab einem gewissen Zeitpunkt gesehen, daß hier Handlungsspielräume der Wiederinbesitznahme der politischen Rechte des Volkes vorhanden waren, die dann auch ergriffen wurden. Ich finde wichtig, was Sie über die Handlungsspielräume westdeutscher Politik sagten. Denn ich denke an die letzte Enquete-Kommission, als man den Prozeß bis zur deutschen Einheit untersuchte. Im Prinzip haben alle nur versucht zu erklären, inwiefern Adenauer, Brandt dieses Ergebnis zustande gebracht haben. Ich denke, ein nicht zu unterschätzender Faktor – das betrifft nicht nur die DDR, das betrifft natürlich, und da hat Herr Poppe recht, selbstverständlich auch die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten – war dieses Gespür, diese Einsicht in die sich ergebenden Handlungsspielräume eines an Schwäche und Auszehrung leidenden totalitären Regimes.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Also, wir haben noch fünf Minuten, und ich habe noch drei Leute auf der Liste stehen, Bernd Faulenbach, Markus Meckel und mich. Das heißt, die Gefahr besteht, daß wir unseren Zeitplan schmeißen, wenn wir uns jetzt nicht selbst disziplinieren. Deswegen würde ich uns drei bitten, eine Frage zu stellen. Das ist dann genug, damit Herr Schöllgen wenigstens noch in zwei Worten antworten kann. Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich meine, wir sind aber noch gut im Zeitplan.

(Lachen)

Also zunächst eine Vorbemerkung. Wir haben in der vorhergehenden Enquete-Kommission über die Handlungsspielräume 1952/53 diskutiert. Ich will nicht erneut in eine Diskussion über diese Frage, Herr Schöllgen, eintreten. Sie haben Willy Brandts Satz von der Lebenslüge aufgegriffen. Man müßte doch darauf hinweisen, daß dabei eine bestimmte Diskussion, die wir in der Zeitgeschichte geführt haben, denken Sie an die Position von Foschepoth und anderen, durch die Politik aufgenommen wurde. In dieser Diskussion ging es um eine Charakterisierung der deutschen Politik der 50er und 60er Jahre. Brandt hat sagen wollen, in den 50er und 60er Jahren war die Wiedervereinigungsrhetorik so etwas wie die Lebenslüge der Deutschen. Dies zur Klarstellung der Aussage von Brandt.

Kurz zusammengefaßt kann man Ihre These wohl dahingehend charakterisieren, daß die deutsche Politik die Handlungsspielräume im allgemeinen richtig genutzt hat. Nur, sie hat natürlich zur Veränderung der Handlungsspielräume, zumal durch die Ostpolitik und den KSZE-Prozeß, selbst entscheidend beigetragen. Nun die Fragen.

Bezogen auf die 80er Jahre, wird man doch wohl sagen müssen, nicht bezogen auf die Wiedervereinigungsfrage, aber generell bezogen auf die deutsche Außenpolitik, daß die Handlungsspielräume der westdeutschen Politik nicht so ganz gering waren. Denn die Handlungsspielräume beziehen sich ja nicht nur auf das Ost- West-Verhältnis, sondern immer auch auf die Verhältnisse in den Bündnissystemen selbst. Und da hat das Gewicht der Westdeutschen seit den 70er Jahren erheblich zugenommen. Übrigens hatte man manchmal sogar den Eindruck, als ob auch die DDR spiegelbildlich versucht hätte, auch eine eigene Rolle im östlichen System zu spielen. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

Zweite Frage. Zu den Fragen, die im Vereinigungsprozess in der internationalen Diskussion eine Rolle gespielt haben, gehört natürlich nicht nur die NATO-Mitgliedschaft, nicht nur das europäische Bündnis, dazu gehört in hohem Maße die Oder-Neiße-Frage. Sie ist hier noch nicht angesprochen worden, darüber werden wir diskutieren müssen. Und dazu gehört natürlich auch die sicherheitspolitische Dimension, über die es ebenfalls intensive Diskussionen gegeben hat. Dies nur als Hinweis darauf, worüber wir im einzelnen noch diskutieren müssen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Sie haben die Handlungsspielräume in Bezug auf die Frage der Einheit dargestellt. Ich glaube, daß es wichtig ist, auch die Handlungsspielräume und Rahmenbedingungen in Bezug auf die Frage der Demokratie darzustellen. Die vorangegangenen Entwicklungen in Polen und in

Ungarn waren für uns immens wichtig. Gleichzeitig hatten wir ja dann eine Achse DDR-Tschechoslowakei-Rumänien gegen die Veränderungen. Sie vollzogen sich in der Sowjetunion, führten dann aber in Polen zum Runden Tisch und dann zu Ministerpräsident Mazowiecki, dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten. Das alles gehört zu den Rahmenbedingungen der Veränderungen in der DDR mit dazu. Und die Frage ist schon für mich, welche Spielräume sah man von Westen her, nachdem seit 1987 sich abzeichnete, daß die Breschnew-Doktrin aufgegeben war. Gab es da Konzepte zur Stärkung der Satellitenstaaten in ihrer eigenen Entwicklung? Meines Erachtens erst ansatzweise 1989 bei den Amerikanern, aber sonst nirgendwo. Meines Erachtens gab es solche Konzepte jedenfalls nicht in der Bundesregierung. Die Frage ist, welche Sonderrolle spielte die DDR für die Sowjetunion, etwa im Vergleich zu Ungarn? Natürlich wollte Gorbatschow auch in der DDR eine Veränderung. Doch es zeigte sich, wo Demokratieentwicklungen einmal in Gang kommen, da kommt es zu einer Eigendynamik – man kann nicht ein bißchen schwanger sein. In Deutschland, das hätte klar sein müssen, geht, sobald eine demokratische Entwicklung beginnt, auch der Zug in Richtung Einheit los, ohne daß man in Sachen Einheit von seiten der Alliierten eigene Beschlüsse fassen muß. Wieweit war man sich darüber im klaren oder auch nicht?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Markus Meckel. Meine Frage ist ganz kurz. Ich habe vor allen Dingen nochmal gelernt, wie sehr die atomare Problematik die Weltpolitik nach 1945 bestimmt hat, im Grunde auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eingeschränkt hat. Meine Frage bezieht sich auf die sicherheitspolitische Diskussion Anfang der 80er Jahre. Ich will noch einmal ausdrücklich festhalten, die SED hat sich in der Bundesrepublik ganz massiv eingemischt und versucht, den Anti-NATO-Protest voranzubringen. Welche Bedeutung hatte die Bündnisloyalität der Bundesrepublik in dieser NATO-Nachrüstungsauseinandersetzung für die amerikanische Politik 1989? – Dr. Schöllgen.

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Ja, vielen Dank. Es sind jetzt ein Dutzend oder noch mehr Punkte genannt worden, die hätten angesprochen werden können. Es wäre ein Leichtes, dem noch ein weiteres Dutzend hinzuzufügen. Ich möchte mich auf vier oder fünf beschränken. Zunächst die Handlungsspielräume in der DDR, nach denen wiederholt gefragt worden ist. Da würde ich zunächst sagen, daß es anfänglich durchaus, von den sowjetischen Wünschen abgesehen, den Willen der SED gab, zu bestimmten Bedingungen die deutsche Einheit zu wollen. Wann das aufhörte und wann die Sowjets endgültig, wohl 1955, die SED-Führung auf ihren Kurs gezwungen haben, sei dahingestellt. Zu Möglichkeiten des Volkes und der Demokratiebewegung: Herr Meckel, in der Kürze der Zeit will ich Ihnen voll zustimmen. Nach meiner Kenntnis als damals Außenstehender bin ich überzeugt, daß ohne die erfolgreiche Entwicklung in Polen es wahrscheinlich in der DDR schwerer gewesen wäre, die Demokratiebewegung auf ein so breites Fundament zu stellen. Aber auch das gilt: Daß sich in Polen die demokratischen Kräfte durchsetzen konnten, hat damit zu tun, daß in Polen zweimal, 1956 und 1980/81, die sowjetischen Panzer zwar

warmgelaufen waren, aber nicht eingesetzt worden sind. Wir können lange darüber diskutieren, was passiert wäre wenn, und wir können auch darüber diskutieren: warum nicht. Daß 1981 die Erinnerung an 1956 und an die aktuellen Vorgänge in Afghanistan eine Rolle gespielt haben, sei hier, da es um die internationalen Rahmenbedingungen geht, nur erwähnt.

Herr Hilsberg hat auch gefragt, ob die friedliche Revolution für die westlichen Länder eine Rolle gespielt habe. Das ist eine sehr interessante Frage, weil sie zeigt, daß man unterscheiden muß. Erstens, die Politik der westlichen Regierungen. Auf diese hat nach meiner Erkenntnis der friedliche Charakter des Vorgangs praktisch keine Einwirkung gehabt, weil Leute wie Thatcher oder Mitterrand und auf seine Weise auch Bush eine ganz klare politische Vorstellung hatten. Auf die öffentliche Meinung hingegen, etwa in England, etwa in den USA und auch in Frankreich, hat es einen sehr großen Eindruck gemacht. Was erklärt, daß sich Frau Thatcher im Grunde von der öffentlichen Meinung isoliert hatte. Die britische Öffentlichkeit bejahte die Vereinigung wegen der Friedlichkeit des Vorgangs. Ich glaube, das kann man, auf den Punkt gebracht, so sagen.

War das sowjetische Dilemma erkennbar? Das ist eine Frage, die auch Herr Meckel artikuliert hat. Ich würde sagen, ja, es war erkennbar. Das war schon vor Gorbatschow erkennbar, und es wurde mit Gorbatschow schon deshalb noch erkennbarer, weil er selbst es immer wieder betont hat. Die Frage war nur: was sollte man tun? Weil man nicht wußte, was ohne beziehungsweise nach Gorbatschow kommen würde, hat man ihn um jeden Preis gestützt. Ähnliches wäre ja wohl heute zu Jelzin zu sagen, so daß man bilanzieren kann: Es war klar, daß die Sowjetunion in einem schweren Dilemma steckte, daß sie über kurz oder lang auch die sogenannte Breschnew-Doktrin aufgeben mußte. Nur, was sollte man tun? Auch hier gab es für die westliche Politik insgesamt, schon gar für die Bundesrepublik, keinen Handlungsspielraum.

Letzte Frage, die mehrfach angesprochen worden ist, auch von Ihnen, Herr Wilke, nach der Bündnisloyalität und dem Handlungsspielraum der bundesdeutschen Politik etwa in der Rüstungsfrage. Ich möchte wiederholen und mit Nachdruck betonen, es gab ihn nicht. Wenn Sie an die sogenannte Lance-Krise im Winter 1988/89 denken, von der immerhin noch einmal festzuhalten ist, daß sie wohl für Bonn die schwerste NATO-interne Krise seit 1949 war, was man heute leicht vergißt, dann sehen Sie an diesem Beispiel, daß es keine Alternative gab. Die Bundesregierung wollte unter allen Umständen die dritte Null-Lösung, wie wir wissen, und die westlichen Verbündeten, insbesondere die Amerikaner, wollten sie nicht. Und es hat sie natürlich nicht gegeben. Als Historiker sollte man solche Fragen nicht stellen: Aber was wäre wohl passiert, wenn nicht das Ende der alten Weltordnung im Grunde die Frage obsolet gemacht hätte? Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bundesrepublik sich mit ihrer Position durchgesetzt hätte. Unter den alten weltpolitischen Rahmenbedingungen war das gänzlich ausgeschlossen.

(Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Professor Schöllgen. Damit müssen wir die erste Runde hier abbrechen. Ich wise nochmal darauf hin, daß viele der genannten Fragestellungen im Laufe des Tages immer wieder auftauchen werden. Ich will zweitens darauf hinweisen, daß wir nach dieser Sitzung noch eine nichtöffentliche Sitzung haben, das heißt also, ich bitte Sie dringend, den Zeitplan im Auge zu behalten, den Sie vor sich liegen haben, für die weitere Abwicklung des heutigen Tages. Jetzt ist der Wechsel erfolgt. Herr Professor Hans-Adolf Jacobsen wird uns in den zweiten Block einführen, die Referenten vorstellen und dann am Nachmittag auch die Diskussion mit den Botschaftern Kornblum und Reiter leiten. Bitte schön Herr Professor Jacobsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, das heute im Mittelpunkt stehende Thema ist natürlich sehr kompliziert. Wir waren gezwungen, vor diesem Hintergrund eine gewisse Auswahl vorzunehmen, und das erkennen Sie schon aufgrund der Kurzvorträge, die wir vorgeschlagen haben und die wir heute vormittag beziehungsweise nach dem Mittagessen hören wollen. Herr Schöllgen hat einen allgemeinen Rahmen angedeutet, der schon ein wenig diskutiert worden ist. Für den Wissenschaftler entsteht nun eine außerordentliche Schwierigkeit. Ich kann das vor allen Dingen vor dem Hintergrund der neuesten amerikanischen Literatur sagen. Immer wieder entsteht die Gefahr, wenn man die Frage der Handlungsspielräume für die deutsche Einheit untersucht, daß je nach dem Blickwinkel, zum Beispiel in den jüngsten Arbeiten von Zelikow und Hutchings, spezifische Übergewichte deutlich werden. Dann heißt es, es war nur Herr Bush, der die Entscheidungen getroffen hat, oder Herr Kohl in Zusammenarbeit mit Herrn Bush. Das heißt also, das Zusammenwirken der unterschiedlichsten Faktoren sowohl innen- als auch außenpolitischer Art stellen uns vor ungemaine Schwierigkeiten, und ich glaube, wir müssen vorsichtig sein, wenn wir den Versuch machen zu gewichten. Es gibt bekanntlich keine monokausale Erklärung. Wir wollen sehen, ob jetzt das Schema, das Herr Schöllgen im allgemeinen dargelegt hat, verfeinert werden kann durch die einzelnen Beiträge. Letzte Bemerkung hierzu. Es wäre natürlich auch hochinteressant gewesen, wenn wir im Rahmen einer solchen Anhörung den Versuch unternommen hätten, einen Experten zu benennen, der etwas über die Rolle der Persönlichkeit ausgesagt hätte und über das Zusammenspiel des einen mit dem anderen im internationalen Kontext. Das ist etwas, was heute noch sehr weitgehend vernachlässigt worden ist. Nehmen Sie das Zusammenspiel Willy Brandt/Breschnew, nehmen Sie das Spiel Bush/Kohl oder Gorbatschow mit Kohl und anderen, das wäre also ein zusätzlich interessanter Faktor.

Wir haben nun, meine Damen und Herren eine kleine technische Schwierigkeit. Ich hoffe aber, daß wir sie gut überwinden, da unser erster Referent, Herr Wolfgang-Uwe Friedrich, wie ich hoffe, inzwischen aus dem Flugzeug ausgestiegen und auf dem Wege zu uns ist. Denn er kommt, wie ich gehört habe, aus Amerika. Vor diesem Hintergrund würde ich also Herrn Oldenburg bitten, zunächst mit seinem Kurzreferat zu beginnen. Meine Damen und Herren, die einzelnen Referenten vorzustellen erübrigt sich, weil sie eine Tischvorlage ha-

ben. Also Herr Oldenburg vom BIOst in Köln, ein vorzüglicher Sachkenner, der zu diesem Thema vieles publiziert hat. Der zweite wäre dann Herr Gasteyer, sicherlich auch in diesem Kreise schon durch seine Tätigkeit und seine zahlreichen Publikationen auf diesem Gebiete bekannt. Schließlich rechts von mir Herr Bingen, der auch im BIOst tätig ist und seit Jahren als vorzüglicher Sachkenner der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen sehr bekannt ist. Lieber Herr Oldenburg, bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich danke wie alle anderen ebenfalls für die Ehre, hier sprechen zu dürfen. Ich knüpfe an das an, was Professor Schöllgen vorhin schon ausgeführt hat. Der Handlungsspielraum sowjetischer Deutschlandpolitik in der Vereinigungsphase des Jahres 1990 wurde von vier Rahmenbedingungen konstituiert: 1. vom internationalen System; 2. von der sich wandelnden Perzeption dieses Systems durch die sowjetischen Führer; 3. von der Dialektik sowjetischer Innen- und Außenpolitik; 4. vom Zusammenbruch des hierarchischen Verhältnisses zwischen der Hegemonialmacht UdSSR und ihren Satelliten.

Als Faktoren dieser Rahmenbedingungen wirkten: 1. die seit Ende der 70er Jahre nachweisbare Veränderung der Korrelation der Kräfte zugunsten der USA, des Nordatlantischen Vertragssystems und der EG; 2. der politische und wirtschaftliche Niedergang des parteimonopolistischen Sozialismus sowohl in der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch in der DDR; 3. die durch Lernprozesse ausgelöste, radikal veränderte Sicht wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der UdSSR; 4. der von der liberalen Schule getragene und geprägte Versuch eines Teiles der Moskauer Entscheidungsträger, Realpolitik neu zu definieren und moralische Kategorien in Innen- und Außenpolitik zur Geltung zu bringen, einmal die antistalinistische Revolution, zum anderen das „neue Denken“; 5. die zunehmende Stärke wie auch die kontinuierliche Friedfertigkeit der zivilen Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien), darunter besonders in der DDR; und 6. die Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft sich ab November/Dezember 1989 im „freien Fall“ befand.

Zu den seinerzeit durchaus instrumentalisierbaren Faktoren sowjetischer Deutschlandpolitik rechne ich folgende: 1. die anfänglich starke Bindung der UdSSR an die DDR und deren Einbindung in ein originäres Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbündnis, dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 2. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten in der DDR; 3. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte, der Viermächterrechte für Deutschland. Alle diese Instrumente standen der Sowjetunion zur Verfügung. Hinzu kam 4. die Adaptation des internationalen Systems an die deutsche Teilung. Die Bipolarität und die in ihr aufgehobene Zweistaatlichkeit Deutschlands wurde aus realpolitischen Motiven, außer in den USA, als Element des „langen Friedens“, um ein Wort von Gaddis zu benutzen, verstanden. Alle diese Instrumente hatten aber offenbar nur eine be-